

Venezuela: Neue Angriffe der Regierung Maduro auf die Zivilgesellschaft zeigen, dass die Unterdrückungs-politik weiterhin in Kraft bleibt

01.11.2023 Pressemitteilung

Die Politik der Unterdrückung, die darauf abzielt, abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen und soziale Kontrolle auszuüben, ist in Venezuela nach wie vor in vollem Gange und stellt eine ständige und eindeutige Gefahr für die Zivilgesellschaft im Land dar, so Amnesty International angesichts der Angriffe hochrangiger Regierungs- und Justizbeamter auf die Vorwahlen der Oppositionsparteien am 22. Oktober 2023.

"Die kürzlich angekündigten Maßnahmen gegen die Nationale Vorwahl-kommission, ihre Vertreter und die Ergebnisse des Prozesses sind ein weiteres Beispiel für die Repressionspolitik der venezolanischen Regierung, die darauf abzielt, die Freiheiten derjenigen zu behindern, die ihr in internationalen Menschenrechtsverträgen verankertes Recht auf Beteiligung an öffentlichen Angelegenheiten wahrnehmen wollen. **Seit Jahren unterdrückt die venezolanische Regierung die Ausübung bürgerlicher Rechte durch Stigmatisierung, Schikanierung und Kriminalisierung der Zivilgesellschaft und von Personen, die als regierungskritisch gelten.** Die Maßnahmen der Staatsanwaltschaft, die ganz im Einklang mit den Erklärungen der staatlichen Behörden stehen, beinhalten auch willkürliche Verhaftungen, die weithin angeprangert wurden. Diese Politik der Unterdrückung ist nicht neu, daher darf die internationale Gemeinschaft nicht nachlassen, die Menschenrechte in Venezuela zu verteidigen", sagte Ana Piquer, Direktorin von Amnesty International für den amerikanischen Kontinent.

"Niemand sollte vergessen, dass sowohl die Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs als auch die Internationale Unabhängige Untersuchungskommission der Vereinten Nationen

zu dem Schluss gekommen sind, dass es Grund zu der Annahme gibt, dass die Regierung von Nicolás Maduro Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hat. Internationale Kontrolle und internationale Justizmechanismen sind notwendiger denn je, um eine weitere Eskalation von Völkerrechtsverbrechen und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen in Venezuela zu verhindern, insbesondere in der gerade begonnenen Wahlperiode."

Am 12. September legte Amnesty International dem UN-Menschenrechtsausschuss einen Bericht vor, in dem darauf hingewiesen wurde, dass "Menschenrechtsorganisationen in Venezuela davor gewarnt haben, dass die Zeit vor den Wahlen und die Wahlperioden in direktem Zusammenhang mit einem Anstieg der Unterdrückung der Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit und friedliche Demonstration stehen, insbesondere durch den Einsatz des Mechanismus der politischen Disqualifizierung, um diejenigen, die von den Behörden als politische Gegner angesehen werden, daran zu hindern, für ein gewähltes Amt zu kandidieren".

In diesem Bericht forderte Amnesty International den venezolanischen Staat nachdrücklich auf, erstens alle rechtlichen und faktischen Hindernisse zu beseitigen, die einer effektiven politischen Beteiligung aller Personen ohne Diskriminierung, auch aufgrund ihrer politischen Meinung, im Wege stehen; zweitens von der diskriminierenden Anwendung administrativer Disqualifikationen gegen Kandidaten für gewählte Ämter abzusehen; und drittens die Anwendung von Mechanismen der Verfolgung und/ oder Kriminalisierung gegen vermeintliche politische Gegner, die sich an den öffentlichen Angelegenheiten des Landes beteiligen wollen, zu beenden.

Die seit dem 22. Oktober angekündigten Erklärungen und Maßnahmen der Regierung stehen in offenem Widerspruch zu all diesen Empfehlungen, die Amnesty International erneut bekräftigt.

Übersetzt von der Chile/Venezuela Koordinationsgruppe. Verbindlich ist das Original:

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/11/venezuela-maduro-assault-civic-space-repressive-policy/>

<https://www.amnesty.org/es/latest/news/2023/10/venezuela-maduro-assault-civic-space-repressive-policy/>